

## "Egon Krenz - ein Reformler?" in Der Spiegel (23. Oktober 1989)

**Legende:** In seiner Ausgabe vom 23. Oktober 1989 berichtet das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel über Egon Krenz, den Nachfolger Erich Honeckers als Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

**Quelle:** Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber BÖHME, Erich; FUNK, Werner. 23.10.1989, n° 43; 43. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Egon Krenz - ein Reformler?", p. 16-23.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/egon\\_krenz\\_ein\\_reformler\\_in\\_der\\_spiegel\\_23\\_oktober\\_1989-de-43e220aa-dc35-4f6a-8188-1bd10151e82f.html](http://www.cvce.eu/obj/egon_krenz_ein_reformler_in_der_spiegel_23_oktober_1989-de-43e220aa-dc35-4f6a-8188-1bd10151e82f.html)

**Publication date:** 02/07/2015

## Egon Krenz — ein Reformier?

Die SED zog die Notbremse: Um den Bürgerprotest zu zähmen, ersetzte sie den siechen Honecker durch den 25 Jahre jüngeren Krenz, seinen ideologischen Ziehsohn. Dessen Vorstellungsrede enttäuschte das DDR-Volk, seine ersten Arbeitseinsätze deuteten aber Änderungen an — Reformbereitschaft? Oder nur Taktik?

Das Ende der 18jährigen Ära Honecker vollzog sich in nicht einmal 20 Minuten.

Um 14 Uhr am vergangenen Mittwoch trat in der Parteizentrale beim Ost-Berliner Werderschen Markt das Zentralkomitee (ZK) der SED zusammen. Um 14.16 Uhr bereits tickerte über ADN die Eilmeldung: „Zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED hat die 9. Tagung des Zentralkomitees am Mittwoch nachmittag Egon Krenz gewählt.“

So schnell kippt einer im real existierenden Sozialismus aus der Macht.

Die spontanen Reaktionen auf die Kür des neuen Herrschers von Volk und Partei waren verheerend.

Vor dem Brecht-Museum in der Ost-Berliner Chausseestraße brach eine Gruppe von Lehrern in schrille Entsetzensschreie aus, als sie aus einem Autoradio die Kunde vernahmen, wer von nun an die Geschicke der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt. „Das darf doch nicht wahr sein, doch nicht der“, rief einer. „Das halte ich im Kopf nicht aus“, kommentierte sein Nachbar.

Wo immer sich die Nachricht verbreitete, in Kaufhäusern und Kneipen, auf Straßen und Plätzen, spiegelte sich Fassungslosigkeit in den Gesichtern.

Bestürzt reagierten vor allem all jene im SED-Land, die denen da oben in den vergangenen Wochen in zahlreichen Resolutionen und Erklärungen, in Eingaben, Leserbriefen und Demonstrationen zwischen Greifswald und Plauen ihren wachsenden Unmut über die Lage im Land, über die verlogenen Medien und die wirtschaftliche Tristesse kundgetan hatten — Künstler und Intellektuelle, Arbeiter und Studenten. Zehntausende von Bürgern im Land.

Die Meinung der großen Mehrheit in Deutsch-Ost brachte einer auf den Punkt, den die SED vor ziemlich genau 13 Jahren in den Westen gespieen hatte. „Krenz“, so wütete der Liedermacher Wolf Biermann in der West-Berliner *Tageszeitung*, „der mieseste aller möglichen Kandidaten. Krenz — Ach du armes Deutschland, dachte ich, es geht also erst mal mächtig vorwärts nach hinten.“

Das fürchten die zahlreichen Genossen im ganzen Land, die seit Monaten den politischen Wechsel herbeigesehnt hatten — wenn auch nicht so. Mit Krenz versank erst einmal ihre heimliche Hoffnung, der Abtritt des kranken Honecker bringe den Anfang eines anderen, eines menschlicheren, eines ehrlicheren Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Fraglich, ob und wann die Vision wieder auftauchen kann.

Dabei hat doch zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte das Volk binnen kurzem gewaltlos, allein mit friedlichem Protest oder durch Abwanderung, einen Machthaber gestürzt — aber es reichte nicht zu einem Kandidaten seiner Wahl. Die Machthaber bleiben, einstweilen, unter sich und scheinen nicht willens, ihre Macht zu teilen.

Das fingerte einer, der sich wie kein zweiter in der SED-eigenen Republik auf die Klaviatur der Macht versteht: Erich Mielke, mit 81 Jahren Ältester der Alten im Politbüro und als Minister für Staatssicherheit (MfS) seit 32 Jahren Garant der Parteiherrschaft über das Volk der DDR.

Mielke hat den Wechsel an der Spitze von Staat und Partei perfekt inszeniert. Die Entscheidung, daß der kranke SED-Chef gehen müsse, fiel bereits am vorletzten Donnerstag, keine zwei Wochen nach der Abreise des großen Bruders Michail Gorbatschow aus Ost-Berlin — nach dramatischen Auseinandersetzungen im

Politbüro. Die Partei, so Mielkes Argument, müsse ein paar Führungsfiguren opfern, wolle sie nicht Gefahr laufen, in ihrer absoluten Macht beschädigt zu werden.

Der MfS-Minister wußte auch schon, wer die Sündenböcke sein sollten: Joachim Herrmann, ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda und verantwortlich für die trüben Medien der DDR, und Günter Mittag, Herr über die ostdeutsche Wirtschaft und mithin Hauptschuldiger am Niedergang der ostdeutschen Ökonomie, am drastischen Mangel an Konsumgütern ebenso wie für die sinkende Qualität der Industrieprodukte.

Auch der erste Mann, stieß Mielke nach, müsse gehen — in allen Ehren, versteht sich, und ausgestattet mit dem Dank der Partei. Nur ein neuer, jüngerer Genosse an der Spitze könne dem Volk suggerieren, daß die SED bereit sei, aus den Ereignissen der letzten Monate, aus Massenflucht und Demos, zu lernen.

Herrmann und Mittag konterten lautstark, der Sicherheitsminister und die ZK-Sekretäre forderten einander gegenseitig zum Rücktritt auf. Doch Mielkes drohender Hinweis auf den Verlust der Macht beeindruckte die Altherrenriege mehr als das Lamento der beiden.

Der König selbst wehrte sich gegen seine Abdankung nur noch schwach: Erich Honecker, der sich demnächst einer weiteren Operation unterziehen muß, hatte keine Kraft mehr. Er stimmte seiner baldigen Ablösung zu, der Termin blieb zunächst offen.

Die Verständigung auf den Nachfolger fiel den Obergewählten nicht schwer: Den 52jährigen Egon Krenz sehen sie als ihren ideologischen Enkel an, ihm trauen die Altvorderen im Politbüro — von Kurt Hager über Willi Stoph bis Horst Sindermann, Honecker eingeschlossen — als einzigem zu, daß er die orthodoxe Politik über ihre eigene Amtszeit hinaus fortführt. Beweise seiner bedingungslosen Kurstreue hat der frühere FDJ-Chef, der noch als Mittvierziger mit Blauhemd und Schillerkragen herumlief, bis in die jüngste Zeit mehr als genug geliefert.

Er sorgte dafür, daß im Oktober letzten Jahres vier Schüler von der Ost-Berliner „Carl von Ossietzky“-Oberschule gefeuert wurden. Ihr Vergehen: Sie hatten auf einer offiziellen schulinternen Wandzeitung angefragt, ob denn im Zeitalter der Abrüstungsvorschläge die traditionelle Militärparade zum Nationalfeiertag am 7. Oktober noch angebracht sei.

Ihr Pech: Einer ihrer Mitschüler hieß Karsten Krenz, wohlgeratener Sohn seines SED-Vaters.

Der im Politbüro für die innere wie äußere Sicherheit der DDR zuständige ZK-Sekretär Krenz war es, der im Juni dieses Jahres das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking als einen schlichten Akt zur Wiederherstellung der Ordnung verteidigte. Die chinesische Führung dankte dem Besucher im September für die solidarische Unterstützung.

Regimekritiker und Oppositionelle daheim empfanden die SED-Solidarität etwas anders: als eindeutige Warnung an alle im eigenen Land, ihnen werde es ebenso ergehen wie den Studenten in Peking, falls sie auf dumme Gedanken kommen sollten.

Der Wahlleiter Egon Krenz schließlich hat den Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 zu verantworten, der dazu beitrug, daß die Massen jetzt zu Hunderttausenden mutig auf die Straße gehen und sich SED-Kader an der Reformdiskussion beteiligen.

„Die Kommunalwahlen im 40. Jahr unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates“, so verkündete Krenz am Wahlabend wahrheitswidrig, „wurden zu einem eindrucksvollen Votum für die Kandidaten der Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik.“ 98,95 Prozent, versicherte der ZK-Sekretär, hätten für die Einheitsliste gestimmt.

Noch einen Monat später beteuerte Krenz bei einem Besuch in Saarbrücken, ohne rot zu werden: „Wir haben das Wahlergebnis ordnungsgemäß festgestellt. Daran gibt es keinen Zweifel.“

Die Krenz-Lüge erwies sich als verhängnisvoller Fehler. Denn erstmals hatten Mitglieder von ostdeutschen Friedens- und Menschenrechtsgruppen beim öffentlichen Sortieren der Stimmen in einigen Städten mitgezählt und beim Addieren weit weniger Zustimmung des Wahlvolkes errechnet. Auf entsprechende Anzeigen wegen Betrugs reagierte die Staatsmacht mit hilflosen Drohungen.

Doch die Genossen im Politbüro hatten sich zu dieser Zeit schon eingebunkert, denn Egon Krenz schadete der Fauxpas nicht. Im Gegenteil: Den Alten im Politbüro steckt der 17. Juni 1953 weiter in den Knochen, und die Sturheit ihres Enkels bestärkte sie in ihrem Vertrauen, der werde schon dafür sorgen, daß sich ein Arbeiteraufstand nie wiederholt.

Krenz, sagt einer, der ihn gut kennt, sei stets ein Verfechter der harten Linie gewesen, seine Maxime: „Wehret den Anfängen, heute demonstrieren 50, morgen sind es 5000.“

Daß die Politbürokraten ihren Schützling am vergangenen Mittwoch so schnell ins oberste Parteiamt hievt, das hat — paradox genug — das Volk bewirkt. „Ohne die Macht der Straße“, sagt ein Genosse, „hätte Erich Honecker wohl überlebt.“ Doch als am vergangenen Montag abend 150 000 Demonstranten rund um die Leipziger Innenstadt marschierten und den Ruf „SED, das tut weh“ oder „Wir sind das Volk“ skandierten, handelten Mielke und die Seinen sofort: In der Politbürositzung am Dienstag beraumten sie für den kommenden Tag eiligst eine Plenarsitzung des Zentralkomitees an.

Zu sagen hat dieses 163köpfige Gremium seit 40 Jahren in der straff zentralistisch geführten SED kaum etwas, aber nach dem Parteistatut hat allein das ZK-Plenum das Recht, den Generalsekretär sowie die Mitglieder des Politbüros zu bestimmen und abzusetzen. Das ZK tut in aller Regel, was das Politbüro ihm empfiehlt.

Die Regie klappte auch diesmal reibungslos. Das Zentralkomitee wählte den Genossen Krenz „einmütig“ zum Generalsekretär — nicht einstimmig, weil der Gewählte selbst sich enthielt.

Gleich nach seiner Wahl bewies Krenz neuen Führungsstil. Erstmals in der SED-Geschichte durfte das DDR-Fernsehen aus der Lobby des ZK-Plenums filmen. Als Anja Ludewig, Reporterin „vom Massenmedium Fernsehen“, dem gerade gewählten Generalsekretär artig gratulierte, antwortete Krenz mit einer Floskel, die des westdeutschen Kanzlers Helmut Kohl würdig war: Er habe „eine schwere Aufgabe übernommen“.

Wie schwer, demonstrierte der neue Partei- und künftige Staatschef am Abend über 50 Minuten lang: Er trug den „lieben Bürgern“ jene längst vor seiner Wahl formulierte Rede vor, mit der er sich im ZK für das Vertrauen seiner Genossen bedankt hatte — ein Konglomerat aus Unverbindlichkeiten.

Schon das Vokabular war verräterisch, und die des DDR-Kauderwelsch Mächtigen verstanden sein Einerseits-Andererseits so, wie es gemeint war: „Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten“ — offenbar nicht hin zu Reformen, sondern, um „die politische und ideologische Offensive“ wiederzuerlangen.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk, räumte er ein, sei „beeinträchtigt“. Aber im selben Atemzug attackierte er, „daß die Gegner des Sozialismus — die äußeren wie die inneren — verstärkt versuchen, daraus Vorteile für sich zu ziehen“.

Die sozialistische Gesellschaft brauche „den selbstbewußten und kritischen, den mündigen Bürger“. Aber: „die breite Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR sollte jedoch von niemandem als Freibrief für verantwortungsloses Handeln mißverstanden werden.“

Die DDR-Medien hätten für den jetzt geforderten Dialog zwischen Partei und Volk „eine große Bedeutung“. Aber: „Unsere Presse kann nicht Tribüne eines richtungslosen, anarchitischen Geredes werden.“

Kein Wort für jene inzwischen 200 000 Menschen, die in den vergangenen Wochen in Ost-Berlin und

Dresden, in Magdeburg, Plauen, Greifswald, Zittau, Halle und Leipzig ihren Protest gegen die Herrschenden und ihre Verhältnisse lautstark auf Straßen und Plätze getragen haben; keine Einladung zum Gespräch an jene inzwischen in die Zehntausende gehenden Ost-Bürger, die sich in den letzten Wochen zu politischen Oppositionsgruppen zusammengetan haben.

Statt dessen Worte aus Beton: „Unsere Macht ist die Macht der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes unter Führung unserer Partei ... Wir halten sie fest und werden sie von den Kräften der Vergangenheit nicht antasten lassen.“ Sprach da ein Reformier?

Krenz lächelte in die Kamera, als er die Grenzen der „sozialistischen Demokratie“ zog und vor „verantwortungslosem Handeln“ warnte: „Auf solche Handlungen kann es nur eine Antwort geben: Sicherung von Ruhe und Ordnung.“

Egon Krenz — ein Reformier? Der Nachfolger Erich Honeckers hat viele Gesichter. Er geht auf Menschen zu, verfällt schnell — Erinnerung an die Zeiten als Chef der FDJ — ins vertrauliche „Du“ und lacht gerne und laut. „Er ist umgänglich und konziliant“, urteilt Oskar Lafontaine, der ihn schon mehrere Male getroffen hat, „in der Sache aber ist er trocken und knallhart.“

Der Berufskommunist, 1937 im pommerschen Kolberg geboren, von Beruf Lehrer, der niemals unterrichtet hat, stand immer in den ersten Reihe: als FDJ-Vorsitzender auf Kreis- und Bezirksebene, als Leutnant der Nationalen Volksarmee, als Vorsitzender der Kinderorganisation „Junge Pioniere“ (1971 bis 1974) und der „Freien Deutschen Jugend“ (1974 bis 1983); die höheren Weihen, die ihn, von Honecker gefördert, ins Zentralkomitee (1973) und ins Politbüro (1983) führten, erhielt er standesgemäß von 1964 bis 1967 auf der KP-Parteihochschule in Moskau.

Krenz galt im Spitzenzirkel der SED lange als Berufsjugendlicher, weil er, noch im Alter mit offenem Blauhemd, gerne mit hübschen FDJlerinnen schäkerte. Der Politbürokrat, mit einer Lehrerin verheiratet, zwei Söhne, genoß das Leben und Alkohol in vollen Zügen: „Hemd blau, Haare grau“, spotteten die alten Herren.

Zum Kronprinzen Honeckers rückte Krenz erst auf, nachdem die vom SED-Chef aufgebauten Nachfolgekandidaten gestorben waren: Werner Felfe, im Politbüro verantwortlich für Landwirtschaft, starb 1988 im Alter von 60 Jahren; Werner Lamberz war schon 1978 beim Absturz eines Hubschraubers in Libyen ums Leben gekommen.

Krenz zog in die durch Mauern geschützte Funktionärssiedlungen am Wandlitzsee, ausgestattet mit allen Privilegien — Villa mit Personal, Volvo 760 GLE, freier Einkauf in Spezialläden mit westlichen Delikatessen.

Eine Zeitlang soll Krenz alkoholabhängig gewesen sein; doch davon haben SPD-Genossen, die ihn in den letzten Jahren mehrfach trafen, nichts gemerkt. Krenz hat, so wird in der SED gemunkelt, zwei Entziehungskuren gemacht — offensichtlich mit Erfolg.

Einblicke in sein Privatleben gab er — Novum in der DDR-Presse — nach seiner Wahl zum SED-Generalsekretär der *Jungen Welt*.

„Früher bist du oft gejoggt, geht das jetzt immer noch?“ fragte Chefredakteur Hans-Dietrich Schütt den 52jährigen: „Ja, ich versuche, täglich ein paar Kilometer zu bewältigen, meistens sehr früh am Morgen. Schließlich ist Kondition vonnöten, im Großen wie im Kleinen, und obwohl ich mich immer wiederüberwinden muß, will ich doch an dieser Gewohnheit festhalten.“

Der Jogger hatte in seiner Laufbahn nie Verständnis für Abweichler. „Die Liebe zum Leben schließt den Haß auf das imperialistische System ein“, hämmerte er als Vorsitzender der „Jungen Pioniere“ und der FDJ den jungen DDR-Bürgern ein, die heute als Erwachsene in Scharen zum Klassenfeind überlaufen.

Ein Reformers?

Das Selbstbewußtsein des 1,83 Meter großen Schneidersohns, 85 Kilo, verschlug sogar Genossen des westdeutschen DKP zuweilen die Sprache. Auf dem letzten SED-Parteitag im April 1986 fragten ihn einige DKPler, ob dieses schreckliche rhythmische und genau dosierte Klatschen noch „zeitgemäß“ sei. Krenz, nach Beifallsdauer damals schon Nummer zwei, hob den Finger: „So war es, so ist es; so wird es sein.“

Nur eine Floskel? Oder bezeichnend für den Reformwillen der jetzigen Nummer eins?

Seine Fernsehrede an die Bürgerinnen und Bürger enttäuschte nicht nur die Opposition, die hatte nichts anderes erwartet. „Mich interessiert das gar nicht“, sagte die Sprecherin des „Neuen Forum“, die Malerin Bärbel Bohley, dem *Tagesspiegel*. „Es kommt nicht auf den an, der an der Spitze steht.“

Für die Genossen von der SED schon. Doch auch die reagierten auf die reformatorischen Sperrformeln des neuen Generalsekretärs vielfach mit ratlosem Schulterzucken.

Die Enttäuschung ist verfrüht. Die Inthronisierung von Krenz am letzten Mittwoch war im Mielke-Plan nur der Auftakt der „Wende“.

Wenn die Volkskammer Egon Krenz am Dienstag dieser Woche einmütig zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates bestellt hat, wird es Schlag auf Schlag weitergehen:

— Der gesamte Ministerrat — bis auf Ministerpräsident Stoph — soll zurücktreten, Honeckers Ehefrau Margot, die Volksbildungsministerin, inklusive. Krenz hat dann freie Hand, die Ressorts des Staatsapparates mit Leuten seines Vertrauens zu besetzen.

— Beim nächsten ZK-Plenum in einigen Wochen — das Datum stand bis zum Wochenende noch nicht fest — sollen weitere Altsemester des Politbüros ihre Sessel räumen. Bis zum Parteitag im Mai wird der größte Teil der alten Garde in Pension sein.

— Köpfe sollen auch in den mittleren Funktionärsrängen, in der Parteizentrale ebenso wie in den Bezirken, im Staatsapparat ebenso wie in den Industriekombinaten, rollen. Zahlreiche verschreckte Kreissekretäre der SED hielten letzte Woche bereits lange Krisensitzungen ab.

Durchsetzungskraft und Zielrichtung von Krenz werden sich aber erst erweisen, wenn klar wird, wen das ZK bei seiner nächsten Sitzung auf die vier freien Plätze ins Politbüro schickt — die Stühle von Honecker, Herrmann, Mittag und Felfe sind frei. Das Ratespiel, wer was wird, ist seit Mittwoch Thema Nummer eins unter den Funktionären.

Sicher ist nach Einschätzung von Insidern, daß der Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow durch den Wechsel an Gewicht gewonnen hat. Er wird spätestens beim Parteitag im Mai 1990 in die SED-Spitze aufrücken — schon deshalb, weil Krenz den Hoffnungsträger der reformbereiten Genossen in die Verantwortung einbinden will, um seine eigene Macht zu sichern.

Auch in der Sache will es Krenz nicht bei Leerformeln bewenden lassen. Einen Wurstzipfel hat er seinem Volk schon im Fernsehen gezeigt: „Das Politbüro hat der Regierung der DDR den Vorschlag unterbreitet, einen Gesetzesentwurf über Reisen von DDR-Bürgern ins Ausland vorzubereiten.“

Zu deutsch: Die Ostdeutschen sollen demnächst leichter als bisher in den Westen reisen dürfen — einer der Dollpunkte vor allem bei den vielen Werktätigen, die weder über Verwandte in der Bundesrepublik noch über irgendwelche Privilegien verfügen, die ihnen Dauerpässe oder Dienstreisen einbringen.

„Die, die keine haben“, so Ronald Berus, Arbeiter des Ost-Berliner Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“ am letzten Donnerstag zum neuen Parteichef, „die sind angeschissen.“ Das Ost-Fernsehen, Indiz der neuen Offenheit, schnitt den Satz nicht weg.

Wie die Regelung aussehen könnte, hatte das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* bereits am vorletzten Freitag vorgegeben, in einer Erläuterung zu den Beschränkungen des Reiseverkehrs zwischen der DDR und der Tschechoslowakei seit dem 3. Oktober.

Wichtigste Punkte: Reisen in die CSSR können auch zu Kuraufenthalten und zum Urlaub, auf Einladung sowie „aus dringenden Gründen“ genehmigt werden.

Was für den Tourismus nach Prag oder Karlsbad eine herbe Einschränkung bisheriger Praxis bedeutet — die CSSR war seit der Kappung des freien Grenzwechsels nach Polen 1980 das einzige Land, in das DDR-Menschen ohne Paß und behördliche Erlaubnis reisen konnten -, wäre für Westvisiten praktisch ein Persilschein: Der Kreis der Berechtigten wüchse über Nacht in ungeahnte Breiten.

Doch die Regelung, über deren Handhabung derzeit die Apparatschiks nachdenken, hat einen Haken: Eine menschenwürdige Reiseverordnung muß die Westbesucher aus der DDR mit so viel Valuta ausstatten, daß sie nicht länger auf die Gnade ihrer Gastgeber angewiesen sind. Die 15 Westmark, die die Staatsbank der DDR bislang jedem Reisenden zum Kurs 1:1 wechselt, langen für einen Kaffee unterwegs und für die letzten Buskilometer zum Zielort.

An Devisen aber hapert es in der maroden Ost-Berliner Staatskasse. Ein Experte: „Krenz kann nicht einmal das Versprechen einlösen, die Versorgung mit Konsumgütern zu verbessern. Dafür fehlt die materielle Unterlage.“

Versuchen muß er's trotzdem, will er wirklich Reformen werden; und vielleicht könnte ihm der Westen dabei sogar helfen: Christ-, Frei- und Sozialdemokraten in Bonn überlegten letzten Freitag, ob DDR-Besucher künftig im Westen ihre Weichwährung bis 500 Mark im Verhältnis 1:1 in Westmark tauschen oder ob sie sich aus einem deutsch-deutschen „Devisentopf“ (so CDU-Generalsekretär Volker Rühe) bedienen könnten.

Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper rechnet schon bis Weihnachten mit dem neuen, großzügigen Reisegesetz — und fürchtet die finanziellen Folgen für die Staatskassen.

Was der neue Honecker-Nachfolger zumindest taktisch drauf hat, bewies er schon einen Tag nach seiner Kür. Am 19. Oktober morgens um sieben suchte er — der Arbeiterprotest des 17. Juni 1953 sitzt der SED noch immer in den Knochen — die Frühschicht im Ost-Berliner Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“ heim und schaute den Kumpels aufs Maul. Noch in der Woche zuvor hatten die den Genossen Gunter Rettner, Abteilungsleiter in der SED-Zentrale, harsch abfahren lassen, weil ihnen das Parteichinesisch des Funktionärs auf den Geist ging.

Am selben Nachmittag empfing Krenz auf Schloß Hubertusstock, bis zum Tag zuvor Honeckers Lieblingssitz, den Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Werner Leich, zum Kaffee — ein geschickter Schachzug. Sollte es dem neuen SED-Chef gelingen, die Amtskirche für sich zu gewinnen, versetzt er den unruhigen Friedens- und Menschenrechtsgruppen sowie der sich formierenden Polit-Opposition einen harten Schlag. Die nämlich sind auf den Beistand der Oberhirten, auf ihre schützende Hand wie auf ihre Gemeindehäuser als Versammlungsorte und Treffpunkte dringend angewiesen.

Seit dem Machtwechsel werden die Medien attraktiver, scheinen zarte Bande zwischen den Oppositionsgruppen und — örtlichen — Funktionären der Staatspartei zu wachsen: Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer diskutierte mit Protestanten, in Potsdam wurde das Neue Forum als Gesprächspartner anerkannt.

Doch wie weit Egon Krenz mit bloßer Taktik kommt, ob das Kalkül der SED-Wender aufgeht, die allfälligen Veränderungen im Land zu bewerkstelligen, ohne irgendwann die Macht zu teilen und damit die Existenz der SED aufs Spiel zu setzen, scheint höchst ungewiß. Die Zeit arbeitet gegen Erich Mielke und

seinen Kurs der geschmeidigen Anpassung an der Weltläufte.

Die Intelligenz des Landes ist skeptisch. „Glaubwürdigkeit erwirbt man durch Taten, nicht durch Worte“, fordert der in der DDR lebende Schriftsteller Stefan Heym in einem SPIEGEL-Essay — und verlangt massive Änderungen am realen Sozialismus.

„Der öffentliche demokratische Dialog“, postulierte das Präsidium des Schriftstellerverbandes (und machte dieses Verlangen über die LDPD-Zeitung *Der Morgen* am Montag letzter Woche publik), „auf allen gesellschaftlichen Ebenen über Gleichgültigkeit, Verantwortungslosigkeit, Mißwirtschaft und Bevormundung muß sofort beginnen.“

Noch mehr: „Was jetzt aber notwendig ist, ist die revolutionäre Reform; nicht Reform ist zu fürchten, sondern die Furcht vor ihr.“

Die Theaterschaffenden der DDR-Metropole wollen am 4. oder am 19. November eine Demo für alle Ost-Berliner organisieren, die quer durch die City zum Platz der Akademie ziehen und dort mit einer Kundgebung für Reformen enden soll. Im Auftrag der Theaterleute hat der Anwalt Gregor Gysi, Vorsitzender des Rates aller ostdeutschen Anwaltskollegien, offiziell beim Magistrat eine Erlaubnis beantragt.

Selbst die Studenten, seit Jahren problemloser und kontrollierter Elite-Nachwuchs, sind in der vergangenen Woche aufgewacht. In der Ost-Berliner Humboldt-Universität debattierten am Dienstag 6000 Hochschüler stundenlang über einen von der FDJ unabhängigen, freigewählten Studentenrat, der künftig anstelle des Staatsjugendverbandes ihre Belange vertreten soll.

Eingeladen zu dem Meeting, das gleichzeitig in neun Hörsälen stattfand, hatte der FDJ-Sekretär der Uni, Richard Schmidt, ein promovierter Chemiker, der in Moskau studiert hat. Schmidt versuchte erst gar nicht, die von Mißtrauen gegen die FDJ durchwucherte Debatte zu kalmieren, nicht einmal, als einer der Studenten unter tosendem Beifall seiner Kommilitonen rief: „Wir wollen Sozialismus, aber einen anderen.“

Und auch nicht, als ein Reporter der TV-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“, den die Studenten zunächst mit Buhs und Pfiffen bedacht hatten, bekannte: Wenn noch einmal einer von ihm verlange, er solle was rausschneiden aus seinem Beitrag, dann werde er seinen Job hinschmeißen.

Die Teilnehmer vertagten sich schließlich nach dreistündiger hitziger Diskussion. In kleinen Arbeitsgruppen sollen zunächst die Vorschläge für eine demokratisch legitimierte Studentenvertretung sortiert und gewichtet werden, dann soll eine weitere Vollversammlung darüber beschließen.

Stolpern könnten Krenz und sein Mentor Mielke auch über ihre eigenen Leute. Zum ersten Mal artikulierte sich letzte Woche offener Widerstand gegen eine Kaste, die bislang in der DDR nicht nur weitgehend außerhalb von Recht und Gesetz steht, sondern auch außerhalb jeder Kritik: die Helfershelfer des Ministers für Staatssicherheit.

Im Land werden allmählich Einzelheiten bekannt, mit welcher Brutalität die Sicherheitsorgane gegen jene vorgegangen sind, die in Ost-Berlin und Leipzig, in Dresden, Magdeburg und Halle im Umfeld des DDR-Jubelfestes für mehr Demokratie und ideelle Lebensqualität demonstriert hatten.

Auf einem Rock-Konzert gegen Gewalt in der Ost-Berliner Erlöserkirche teilten Betroffene Einzelheiten der Stasi-Übergriffe mit: Ein Mann, der 16 Stunden mit erhobenen Händen an der Wand gestanden hatte, wurde hochgeprügelt, als er zusammenbrach, ein anderer auf der Toilette mit Gummiknüppeln traktiert. Frauen mußten sich zum Verhör nackt ausziehen.

„Die DDR“, sagte der Schriftsteller Christoph Hein bei seiner Lesung im Berliner Ensemble bitter, „wurde an ihrem 40. Jahrestag weltläufiger. Denn es ist wohl Weltläufigkeit, wenn wir Bilder, die wir bisher aus Chile und China zu sehen bekamen, nun auf unseren Straßen erblicken können.“

Die Empörung über den „Exzeß der staatlichen Sicherheitskräfte“ (Hein) ist landesweit. Die evangelische Kirche hat 50 Augenzeugenberichte gesammelt, dem Präsidium der Akademie der Künste in Ost-Berlin liegen mehr als 20 vor. Nicht nur der Ost-Berliner Bischof Gottfried Forck, auch die Akademie verlangt eine Untersuchung gegen Stasi und Bereitschaftspolizei durch eine unabhängige Kommission.

Christoph Hein fordert in einem SPIEGEL-Gespräch gar die Ablösung des DDR-Generalstaatsanwalts Günter Wendland. Der hatte im DDR-Fernsehen am letzten Dienstag beteuert, Anzeigen von Bürgern gegen die Polizei würden noch geprüft, zugleich aber das Ergebnis der Prüfung schon mitgeteilt. „Die Gewalt“, so Wendlands lapidare Vorverurteilung, „ging nicht von der Polizei aus, die Gewalt richtete sich gegen die Polizei.“

Wer anderes gesehen hat, etwa wie am 7. Oktober am Prenzlauer Berg in Ost-Berlin Bereitschaftspolizisten Jagd auf friedliche Halbwüchsige machten, sie zusammenschlugen und wegschleiften, dem gab der Generalstaatsanwalt die Warnung mit: „Wir dulden ... keine Verleumdungen, weder eines Bürgers noch eines Staatsorgans.“

Die Attacken auf Justiz und Stasi gehen ans Eingemachte. Denn Mielkes verhaßter Spitzeldienst ist die Hauptstütze des Repressionsapparates, mit dessen Hilfe die SED bisher noch jede oppositionelle Regung im Land unterdrückt hat. Auf mehr als 30 000 hauptamtliche Schläger und Agenten schätzen Insider das Mitarbeiterreservoir des MfS.

Die Angst vor ihnen schwindet zusehends. „Stasi in die Wirtschaft“, forderten die Leipziger Demonstranten am Montag letzter Woche auf einem Transparent. Bei der Demo am 7. Oktober machten Jugendliche Jagd auf Stasi-Mitarbeiter, die ein junges Mädchen wegschleppten, und befreiten sie aus dem Würgegriff — Szenen, die noch vor wenigen Wochen undenkbar gewesen wären.

Aber: Kann Egon Krenz, als ZK-Sekretär mitverantwortlich für die ungesetzlichen Praktiken der Sicherheitsorgane, sich leisten, die Allmacht der Aufpasser wirklich zu beschneiden, ohne sich selbst zu gefährden?

„Unser Gesicht“, sagte Krenz in seiner Antrittsrede vor dem Zentralkomitee emphatisch, „ist dem Volk zugewandt.“ Ob sich das Volk irgendwann dem herrschenden Genossen Krenz zuwendet, kann er bereits Anfang dieser Woche testen. „Nächsten Montag wieder“ — mit dieser Parole gingen am letzten Montag die 150 000 Demonstranten von Leipzig auseinander. Und am Freitag abend, zwei Tage nach Honeckers Sturz, zogen mehr als 10 000 im Schweigemarsch durch Dresden.

Sie wollen Reformen jetzt — kein Einerseits-Andererseits und keine taktischen Ausflüchte.

Sonst gehen sie lieber: Am Tag nach dem Amtswechsel verließen 1119 DDR-Bürger via Ungarn das von Honecker befreite Land.

Die Zahlen entsprechen jenen aus Honeckers letzten Tagen.